

## **Gegen Separatstaat BRD. Rede am 5. August 1948 im Badischen Landtag**

**(S. 18)** Abgeordnete, meine Damen und Herren!

Die Sprecher der drei übrigen Parteien, die im Landtag vertreten sind, haben durch die ausführliche Unterstreichung der Ausführungen des Kollegen Dr. Waeldin zum Ausdruck gebracht, daß sie alle damit einverstanden sind, wenn ein westdeutscher Staat, eine westdeutsche Verfassung, eine westdeutsche Regierung gebildet werden. Es ändert nichts daran und weist höchstens auf die philologischen Kenntnisse einiger Mitglieder unseres Landtages hin, wenn man davon spricht, daß es sich bei diesem Staat um ein föderatives Gebilde oder um ein provisorisches Staatswesen handelt. Da ist mir schon viel lieber, wenn der Abgeordnete Dr. Waeldin sagt: „Wir wollen einen westdeutschen Staat haben, so stark wie möglich“, oder wenn der von der Sozialdemokratie gewählte, allerdings von der sowjetrussischen Behörde nicht bestätigte Bürgermeister von Berlin, Reuter, der an Stelle der unzuverlässig gewordenen Frau Dr. Schroeder diesmal in Rüdesheim dabei war, sagt: „Wir fordern einen durch eine Verfassung gefestigten westdeutschen Staat, der ein Anziehungsvermögen auf die Irredenta im Osten ausübt.“ Es ist uns viel lieber, wenn „*Der Tagesspiegel*“, diese amerikanische Zeitung mit deutschen Lettern, in Berlin schreibt, daß dieser westdeutsche Staat nur die eine Aufgabe hat, Berlin als Vorposten, als Sappe zum Anlauf gegen den Osten aufzubauen und zu fordern, daß ein mindestens 50 km breiter Streifen, ein Korridor, von Hamburg, also von der Westzone, nach Berlin gelegt wird, der jede Möglichkeit einer Abschnürung ausschließt. Diese Töne sind mir viel lieber als die verschachtelten und eingegrenzten Zustimmungen der elf Ministerpräsidenten, wie wir sie jetzt in Frankfurt erlebt haben. Als die Kommunistische Partei kurz nach der ersten Zusammenkunft in Frankfurt und nach dem Entwurf der elf Ministerpräsidenten in Koblenz erklärte, daß sie die Einwände der deutschen Ministerpräsidenten nicht ernst nimmt, daß es Scheinmanöver seien, daß sie nachgeben werden, daß sie das totale Diktat von London mit Haut und Haar schlucken werden, hat man gesagt: „Agitation! Natürlich die Kommunisten!“

Wenn die Ministerpräsidenten die Schaffung eines Weststaates wirklich ablehnen wollten, dann hätten sie in Frankfurt zu den Oberbefehlshabern sagen müssen: Meine Herren, wir haben zu diesen Dingen nach ausführlichen Besprechungen Stellung genommen, und dabei bleiben wir. Wir wissen, daß die Schaffung des Weststaates die endgültige Zerreißung Deutschlands bedeutet. Denn Sie, meine Herren Abgeordneten, werden sich wohl keiner Täuschung hingeben, daß die im Osten abgetrennten Gebiete nicht als zu befriedigende Irredenta anzusehen sind. Von dort aus wird eine Aktivität ausgelöst werden, die der Unentschlossenheit im

Westen in jeder Hinsicht turmhoch überlegen ist. Darum wäre es vielleicht besser gewesen, die Minister-Präsidenten wären wenigstens bei ihrer früheren, ursprünglich beschlossenen, wenn auch nur halben Meinung von Koblenz geblieben. Sie haben in Koblenz erklärt: „Wir denken nicht daran, die Ländergrenzen neu zu gestalten, wir können das nicht machen, das ist eine gesamtdeutsche Angelegenheit, das ist erst möglich, wenn Deutschland zusammengeschlossen ist“. Stimmt's, Herr Präsident? Das war die Ansicht dieser elf Ministerpräsidenten in Koblenz. Was haben wir jetzt gesehen? Ein Ausschuß wurde gegründet unter dem Vorsitz des Herrn Lüdemann, Ministerpräsident Schleswig-Holstein, der nicht nur die badisch württembergische, sondern die Gesamtfrage der Neuabgrenzung der deutschen Länder erledigen soll. Der „*Tagespiegel*“ als Lautsprecher der amerikanischen Militärregierung in Westdeutschland schrieb: „Selbstverständlich müssen erst die neuen Einzelstaaten vorher gebildet sein, wenn der Gesamtstaat Westdeutschland funktionsfähig soll.“ Absolut konsequent, absolut richtig! Also wiederum eine Halbheit. Die Ministerpräsidenten sind umgefallen und haben der Anordnung zugestimmt, daß für 750.000 Einwohner ein Delegierter aus dem Landtag und für je 200.000 Reststimmen ein weiterer Abgeordneter delegiert wird. So, meine Herren, kann man keine Verfassung machen. Man spricht immer davon, daß man die Demokratie nicht zu Tode hetzen und zu Schaden bringen will, aber man leistet einer werdenden Demokratie einen schlechten Dienst, wenn man im Eiltempo eine Verfassung machen will, die dann erst noch den Herren Gouverneuren zur Genehmigung vorgelegt werden muß. Man hätte annehmen müssen, Herr Ministerpräsident, daß Sie mindestens bei den eindeutigen Festlegungen von Koblenz geblieben wären. Sie sind aber umgefallen und haben erklärt. „Wenn die Alliierten auf ihren Empfehlungen bestehen, dann sind wir durchaus bereit, sie zu erfüllen.“ Ich muß sagen, eine aufrechte Haltung ist das nicht. Wir haben das allerdings schon von vornherein befürchtet.

Warum aber sind die Ministerpräsidenten gegen einen Volksentscheid über die Verfassung? Sie wissen, daß nach den Bestimmungen über eine solche Befragung sich zwei Drittel Mehrheit für die sogenannte westdeutsche Verfassung entscheiden müssen. Ich glaube nicht, daß zwei Drittel der wahlberechtigten Männer und Frauen in Westdeutschland einer Verfassung zustimmen würden, die klar und eindeutig die Zerreißung unseres Vaterlandes zum Ziele hat. Ich bin fest überzeugt, daß ein solcher Volksentscheid negativ ausfallen würde. Darum haben die Ministerpräsidenten davor gewarnt, deshalb haben die westlichen Alliierten es offengelassen, ob sie auf einem Volksentscheid bestehen, weil sie auch nicht sicher sind, ob für diese Verfassung eine Zweidrittelmehrheit zustande kommen würde. Wir werden darum diese Verfassung ohne Volksentscheid serviert erhalten; man wird es auf einen Volksentscheid nicht ankommen lassen. Wie aber wird diese Verfassung aussehen? (Störende Unterhaltungen.). Wir können ja auch warten, bis Sie Ihre persönlichen Auseinandersetzungen zu Ende gebracht haben! Also, wie wird diese Verfassung

aussehen? Genau kann man das noch nicht wissen. Am Chiemsee wird sie ausgearbeitet. Dann kommt der sogenannte Parlamentarische Rat, der wird sie besprechen. Sie wird weiterhin identisch sein mit der Proklamation Nr. 7 und Nr. 8 für das sogenannte Vereinigte Wirtschaftsgebiet vom 9. Februar ds. Js. Bekanntlich sind die Amerikaner Leute, die gern sicher gehen. Sie haben darum längst ein Modell für die Verfassung im bizonalen Wirtschaftsrat geschaffen, der als repräsentatives Parlament anzusehen ist; außerdem sind da als Exekutive der Wirtschaftsrat und ein Staatsgerichtshof. Ein genauer Abklatsch der amerikanischen Verfassung, an der wesentlich nichts geändert wird, dafür werden die Berater, die an den Zusammenkünften des Verfassungsgebenden Gremiums teilnehmen, schon sorgen. Es ist für mich außerordentlich instruktiv, was der Herr Präsident Wohleb vorhin sehr klar gesagt hat, und **(S. 19)** damit kommen wir zum dritten Punkt, nämlich zur Frage des Besatzungsstatutes.

Wir haben zugestimmt, daß die einzelnen Besprechungen über die Verfassung parallel geschaltet werden mit den Verordnungen über das Besatzungsstatut, so daß keine Kollision entstehen kann. In Koblenz hatten es die Ministerpräsidenten noch zu einer *Conditio sine qua non* gemacht, daß das Besatzungsstatut vorher schon in seinen grundlegenden Bestimmungen festliegen müsse, bevor die Verfassung geschaffen wird. Nach den heutigen Ausführungen des Herrn Staatspräsidenten Wohleb werden die Ministerpräsidenten sich aber auch fügen, wenn die Alliierten das Besatzungsstatut nach der Fertigstellung der Verfassung bekanntgeben und der Verfassung nur so viel Freiheit und Bedeutung lassen als es der Rahmen des Besatzungsstatuts erlaubt.

Ich hätte eigentlich erwartet, daß der Herr Staatspräsident seine Ausführungen unter dem Aspekt der großen politischen Entscheidungen gemacht hätte, unter dem wir heute stehen. Aber er verlor kein Wort darüber, daß die Westmächte zugestimmt haben, unter Umständen Viererbesprechungen einzuleiten nicht nur über die Frage Berlin, sondern auch über ganz Deutschland. Kein Wort darüber, daß Deutsche in dieser Situation zum ersten Mal vielleicht nach der schweren Zeit der letzten 15 Jahre Einfluß auf den Gang der Ereignisse gewinnen könnten.

Wir sind selbst schuld, wenn wir bisher, wie der Herr Staatspräsident sagte, nur Objekt der großen Politik gewesen sind. Wenn Sie, meine Herren, wirklich keine Trennung Deutschlands wollen, nicht die Aufspaltung unseres Volkes, dann hätten Sie mit uns schon von vornherein dieser Entwicklung zu einem separaten Weststaat entgegenstehen müssen, dann hätten Sie nicht, wie es die „*Südwestdeutsche Volkszeitung*“ getan hat, jubilieren dürfen, als die Viererbesprechungen in London zusammenbrachen, dann hätten Sie von der CDU nicht damals schon sagen dürfen: „Lieber den westdeutschen Staat als eine gesamtdeutsche Lösung.“ Sie hätten damals schon betonen müssen, wenn die Alliierten sich nicht einigen können, dann

wollen wir, die Deutschen aller Zonen, die Stimme erheben und eine einheitliche deutsche demokratische Republik fordern. Aber Sie haben zugestimmt, daß der bizonale Wirtschaftsrat als Keimzelle des Weststaates geschaffen wurde. Sie haben der Westwährung zugestimmt. Allerdings lehnten Sie es damals ab, die Verantwortung zu tragen, Sie haben betont, Sie tragen keine Verantwortung, aber gleichzeitig haben Sie davon gesprochen, daß Sie alles tun würden, um dieses Währungsexperiment zu stabilisieren. So haben Sie dazu beigetragen, daß die Spaltung Deutschlands Wirklichkeit geworden ist. Sie haben aus der Berliner Frage eine aggressive Aktion gegen den Osten gemacht, und jetzt wird es wahrscheinlich so kommen, daß die ganze Berliner Frage auf Grund der Moskauer Besprechungen gelöst wird und Sie sich Ihrer Stellungnahme schämen müssen. Ihre Vertreter haben jetzt, meine Herren von der CDU und SPD, und das ist das Entscheidende, in Frankfurt, Koblenz, Rüdesheim nicht nein gesagt. Die elf Minister-Präsidenten hätten in Frankfurt sagen müssen, als ihnen vorgelesen wurde, daß ihre Antwort nicht ausreichend sei und daß die deutsche Stellungnahme von den Alliierten nicht anerkannt werden könne: Wir wollen keinen westdeutschen Staat und wir werden nichts tun, was diese gesamtdeutsche Lösung in Frage stellt. Sie haben das nicht getan und damit der Zerreißung Deutschlands Vorschub geleistet.

Die Tatsache aber, daß sich die elf Ministerpräsidenten dazu bereitfanden, für die Westmächte eine Ausgangsposition für die Verhandlungen in Moskau zu schaffen, beweist, daß sie die westlich orientierte kapitalistische Politik der Amerikaner unterstützen wollen.

Was aber soll jetzt werden? Sollen wir badischen Abgeordneten den westdeutschen Separatstaat, den Marshallplan und alles was damit zusammenhängt begrüßen, die kapitalistische Reorganisation der westlichen Zonen unterstützen und damit einen Gegensatz zu der Entwicklung in der Ostzone heraufbeschwören, der nicht mehr überbrückt werden kann, oder sollen wir das Ergebnis der Moskauer Besprechung abwarten? Ich wünschte nur, daß diese Verhandlungen mehr sind als diplomatische Manöver der westlichen Mächte, um die Schuld an dem Zustandekommen des Weststaates der Sowjetunion zuzuschieben. Ich bin der Meinung, die Ministerpräsidenten sollten bei ihrer erneuten in Aussicht stehenden Unterredung mit den westlichen Alliierten dafür eintreten, daß kein westdeutscher Separatstaat geschaffen, sondern daß eine gesamtdeutsche Lösung gesucht wird. Wenn wir den westdeutschen Staat erst zulassen, dann ist es nach meiner Meinung außerordentlich schwierig, jemals wieder zu einer Einheit Deutschlands und zu einer Erneuerung des politischen und wirtschaftlichen Lebens im fortschrittlichen Sinne zu kommen. Unser Volk muß sich entscheiden, ob es mit dem Westen, d. h. mit den kapitalistischen Machthabern des Westens das wirtschaftliche Chaos, die Abhängigkeit vom Ausland haben will (Lachen), oder aber eine gesamtdeutsche Lösung nach den Potsdamer Beschlüssen, eine wirkliche Demokratisierung unseres Volkes, die

Durchführung der Bodenreform und die Enteignung des Großgrundbesitzes, die Überführung der Nazibetriebe in volkseigene Betriebe und damit die Sicherung der Produktion, die allein das Fundament einer beständigen Währung sein kann.

Meine Herren, ich weiß genau, daß Sie anderer Meinung sind und ich weiß, daß Sie dies selbstverständlich durch Zwischenrufe zum Ausdruck bringen müssen. Aber Sie werden doch nicht im Entferntesten glauben, daß wir deshalb eine andere Meinung vertreten? Wir sagen das, was wir für richtig halten. Wir haben in den letzten drei Jahren schon mehr als einmal gesehen, daß es anders gekommen ist, als Sie meinten. Ich will schließen mit dem Zitat von Thomas Mann: „Die Politik des Antibolschewismus ist die Grundtorheit unserer Epoche“ (Abg. Durst: Das ist eben Thomas Mann, der richtige Mann!). Ich bin überzeugt, Herr Abgeordneter Durst, daß Sie Thomas Mann turmhoch überlegen sind! Aber eines ist sicher, die Gesetzmäßigkeiten des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens machen nicht halt vor den Wünschen der kapitalistischen Machthaber.

Ein Wort noch zur Frage des Zusammenschlusses der Länder Baden und Württemberg. Wir wundern uns, daß der südbadische Landtag diese Frage so stark in den Mittelpunkt seiner Diskussion stellt. Im Augenblick werden Fragen weltpolitischer Bedeutung entschieden, die auch uns angehen und die der Herr Staatspräsident deutlich genug umrissen hat. Es wäre zu wünschen gewesen, daß die Parteien klar und deutlich zu diesen Fragen Stellung genommen hätten. Wir Kommunisten stehen auf dem Standpunkt, daß die Frage der Änderung der Ländergrenzen erst dann für **(S. 20)** uns spruchreif wird, wenn wir einen Friedensvertrag haben, wenn die Besatzungstruppen abgezogen sind und wir Deutsche in eigener Souveränität nach eigenen Auffassungen diese Frage zu regeln vermögen. Wir denken nicht daran, uns freiwillig auf Jahrzehnte hinaus durch ein solches Besatzungsstatut zu binden, daß die letzte Entscheidung, auch über Krieg und Frieden, in der Hand der Besatzungsmächte liegt. Wir denken nicht daran! Ich glaube, daß die überwiegende Mehrheit unseres Volkes mit uns der Meinung ist, daß die Frage der Ländergrenzen erst dann spruchreif ist, wenn wir unsere Souveränität zurückgewonnen haben (Zuruf aus der Mitte: Bis dieser Zustand kommt, da können Sie noch lange warten!). Darauf ist zu sagen, daß nicht nur die Sowjetunion die Meinung vertritt, daß ein baldiger Friede mit Deutschland geschlossen werden soll, sondern auch die Warschauer Konferenz der östlichen Staaten Europas (Unruhe, Gelächter, Zwischenrufe von mehreren Seiten). Einen Augenblick, meine Herren Kollegen! Selbst amerikanische Journalisten und Wortführer beider Parteien diskutieren darüber, ob es nicht am Ende doch klüger sei, das deutsche Volk seinem Schicksal zu überlassen und nur dafür zu sorgen, daß für den Westen und den Osten keine Gefahren aus der Neugestaltung Deutschlands entstehen. Meine Damen und Herren! Ich weiß, daß wir niemand von Ihnen überzeugen können, sonst wären Sie ja bei uns. Es ist auch richtig, daß Sie mit einem gewissen Recht sagen können: Was wollen die vier

Kommunisten eigentlich, sie reden, als ob sie das ganze Volk hinter sich hätten, aber niemand hört Ihnen zu. Es ist nicht zu bestreiten: Sie haben das Volk, d. h. die Mehrheit der Wahlberechtigten am 18. Mai 1947 hinter sich gebracht. Aber das war kein Wunder in Südbaden bei den Parolen, die Sie benützt haben. Damals verwendeten Sie ein großes Plakat mit den badischen Farben, zwei Löwen und darunter als Devise: „Ohne Verfassung kein Recht“. Jetzt frage ich Sie: Wo ist das Recht, das wir durch die Verfassung bekommen haben? Können wir über unser Schicksal frei entscheiden, über das Schicksal Deutschlands, oder sind wir trotz der Verfassung und Demokratie nicht ohne Recht und ohne Freiheit?

Verehrte Kollegen, wir können Sie nicht zwingen, uns zu glauben, aber seien Sie überzeugt, die Zeit kommt, wo es sich nicht mehr darum handelt, mit weltanschaulichen allgemeinen Parolen über die in Gefahr befindliche „abendländische Kultur“ die Massen für eine politische Partei einzufangen. Die Zeit wird kommen, wo die Leute zu unterscheiden wissen zwischen politischer Notwendigkeit und politischer Zielsetzung einer Partei und den weltanschaulichen Fragen, die den einzelnen heute angehen und ihn im tiefsten Innern bestimmen. In dem Augenblick, wo die breiten Mittelschichten, die durch die Währungsreform alles verloren haben, zur Erkenntnis über ihre Lage gekommen sind, in dem Augenblick, in dem ihnen das zum Bewußtsein gekommen sein wird, was ihr Sein ausmacht, wird eine andere Ordnung geschaffen werden als die, die Sie jetzt zu verteidigen versuchen (Beifall aus dem Zuhörerraum).

Präsident:

Darf Ich die Zuhörer bitten, nicht zu klatschen. Die Abgeordneten machen es auch nicht. Wenn das noch einmal vorkommt, dann werde ich dafür sorgen, daß die Zahl der Zuhörer nur noch ein Viertel von dem beträgt, was jetzt hier ist. Beifallskundgebungen stehen den Abgeordneten zu; Sie sind Zuhörer und nicht aktive Teilnehmer an den Verhandlungen.

**In: Verhandlungen des Badischen Landtages, 29. Sitzung vom 5. August 1948, S. 18-20**

